Das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz in Europa

Autor(en): **Mauer, Victor / Bruno, Stefano**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 11

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-69918

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz in Europa

Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz markant verändert. Die europäische Sicherheitspolitik wird im 21. Jahrhundert den Rahmen vorgeben, in welchem sich die schweizerische Sicherheitspolitik bewegen wird.

Victor Mauer und Stefano Bruno

Während kontinuierliche Machtverschiebungen das internationale Staatensystem seit jeher charakterisieren, sind grundlegende Neuordnungen der Weltpolitik das Ergebnis kriegerischer Auseinandersetzungen, konfrontativer Konfliktregulierungsprozesse sowie fundamentaler sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel. Von einer «neuen Weltordnung» im Sinne einer weltweiten Friedensordnung, die auch das sicherheitspolitische Umfeld Europas fundamental verändern sollte, sprach Präsident George Bush Sr. im Sommer 1990. Und Francis Fukuyama sekundierte mit seiner einprägsamen Formel vom «Ende der Geschichte». Während Fukuyama die demokratische Weltrevolution auf dem Vormarsch sah, warnten andere vor einem «Zurück in die Zukunft» (John Mearsheimer).

In der Tat folgte dem langen Sommer der Hoffnungen schon bald ein Rendezvous mit der Realität. Die vergangene Dekade sah nicht allein einen deutlichen Anstieg der grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Akteuren, sondern verzeichnete zugleich einen dramatischen Zuwachs an internationalen Kriegen und Konflikten. Mit fast fünf Millionen Opfern wurden die 1990er-Jahre das mit Abstand verlustreichste Jahrzehnt seit dem Zweiten Weltkrieg.

Kein Ende der Geschichte

Innerstaatliche beziehungsweise ethnische Konflikte wurden zum Merkmal einer neuen Epoche, in der der Krieg nach Europa zurückkehrte. Auch wenn die 1990er-Jahre noch im Schatten der Epochenwende des 9. November 1989 standen und in mancher Hinsicht die Prolongierung einer Politik des «Als ob» erlaubten, veränderte die Tragödie auf dem Balkan doch das sicherheitspolitische Bewusstsein in Europa. Rückwirkungen von innerstaatlichen Gewaltkonflikten an der europäischen Peripherie, so lautete die Einsicht, haben unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit der europäischen Gesellschaften.

Doch erst der Schock des 11. September 2001, der sich in das Gedächtnis der Weltöffentlichkeit eingebrannt hat, hat einen sich in den 1990er-Jahren verstärkenden, weithin jedoch unbeachteten, wenn nicht sogar verdrängten Trend zur erlebten Realität werden lassen. Ab sofort wurde klar: Die alten Spielregeln, wonach Bedrohungen und Gefahren auf der Basis von Abschreckung, Eindämmung und rationalem Kalkül begegnet werden konnte, gelten nicht mehr. Asymmetrische Herausforderungen, die sich in der Verwundbarkeit der globalen Führungsmacht USA auf dem Höhepunkt ihrer militärischen Stärke widerspiegeln, sind zum strukturbestimmenden Faktor der internationalen Beziehungen geworden. In der Konsequenz sieht sich die internationale Staatenwelt insgesamt einer inhaltlichen und geografischen Ausweitung der Risiken und Gefahren ausgesetzt.[1]

Herausforderungen im europäischen Umfeld ...

Ein wachsender Teil der neuen Form der internationalen Beziehungen geht an den Regierungen vorbei und erhöht damit die Verwundbarkeit des klassischen Territorialstaates. Die Zeiten, in denen nationale Souveränität und nationale Sicherheit weit gehend deckungsgleich waren, sind vorbei. Eine strikte Trennung zwischen innerer und äusserer Sicherheit ist nicht mehr möglich. Im Umkehrschluss heisst das: Die innere Sicherheit offener demokratischer Staaten ist eng verknüpft mit globaler Stabilität. Diesem grundsätzlichen Paradigmenwechsel trägt auch die Sicherheitsstrategie der Europäischen Union Rechnung.

Mit einer direkten Gefährdung der europäischen Staaten durch konventionelle Streitkräfte ist auf absehbare Zukunft nicht zu rechnen. An ihre Stelle treten als Hauptbedrohungen des frühen 21. Jahrhunderts der internationale Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, Staatenzerfall und organisierte Kriminalität – sei es als singuläre Phänomene, sei es in einer symbiotischen Verbindung.[2] Da diese neuen Bedrohungen von weit entfernten Regionen ausgehen können und von dynamischer Natur sind, lässt sich die Aufgabe der Verteidigung geografisch immer weniger begrenzen. «Die erste Verteidigungslinie», so hält die EU-Sicherheitsstrategie fest, wird deshalb «oftmals im Ausland liegen».[3]

... und Antworten darauf

Internationale Stabilisierungseinsätze im Rahmen von Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie innerstaatliche Raumsicherung werden also zunehmend als Teil eines umfassenden Verteidigungskonzeptes verstanden. Die Dynamik der neuen Risiken macht eine Bündelung der Kräfte im Rahmen einer umfassenden Präventions- und Stabilisierungsstrategie unverzichtbar. Dabei kommt es zu einer engen Verzahnung von zivilen und militärischen Mitteln.

Dieser Aufgabe stellt sich die EU vermehrt in den vergangenen Jahren. Schrittweise durchläuft sie einen Wandel vom Sicherheitskonsumenten zum Sicherheitsproduzenten. Neben die klassische Politik der Sicherheit durch Integration tritt, gefördert durch den Erweiterungsprozess der letzten Jahre und beschleunigt durch den tief greifenden Wandel der transatlantischen Beziehungen,[4] eine Politik der Sicherheitsprojektion durch Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesse in der neuen Nachbarschaft. Aus geografischer Sicht wird sich der Blick künftig von den Konflikten auf dem Balkan über Zentralasien und den vorderen Kaukasus nach Asien richten. Das grösste Potenzial für regionale Destabilisierungsprozesse besteht dabei im erweiterten Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika. Bereits heute ist die EU der mit Abstand grösste Truppensteller auf dem Balkan. Anfang Dezember 2004 hat die EU in Bosnien und Herzegowina die SFOR-Friedensmission von der NATO übernommen. In Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Georgien führt sie zivile Friedensmissionen durch. Für die Schweiz bedeutet dies, dass die EU in jener Region der wichtigste sicherheitspolitische Akteur ist, in [illegible] in den vergangenen Jahren das international sicherheitspolitische Engagement der Schweiz konzentriert hat und die auch künftig einen Schwerpunkt bilden dürfte.

Ansätze eines neuen strategischen Denkens in Europa als Antwort auf die bitteren Erfahrungen im Rahmen der Irak-Frage lassen zudem den Übergang der EU von einer regionalen zu einer globalen Gestaltungsmacht erkennen. Im Rahmen der von der NATO geführten ISAF-Mission in Afghanistan liegt der EU-Truppenanteil bei 80 Prozent. Auf der Basis einer autonomen Handlungsfähigkeit und mit Hilfe eines umfassenden zivilen und militärischen In-

[1] Mauer, V.: Die geostrategischen Konsequenzen nach dem 11. September 2001, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 3-4/2004, S. 18–25.

[2] Vgl. auch den Artikel von Dieter Wicki in dieser Nummer.

[3] Ein sicheres Europa in einer besseren Welt – Europäische Sicherheitsstrategie (Dezember 2003), S. 14.

[4] Mauer, V.: Von der Hegemonie zum kooperativen Gleichgewicht. Die transatlantischen Beziehungen im Wandel, in: Varwick, J. (Hg.): Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen 2005, S. 257 ff.

Kameradschaft

Diese Nummer wurde von folgenden Miliz-Generalstabsoffizieren unterstützt:

Bircher Urs, Hinterkappelen
Caflisch Reto, Zürich
Cron Raymond R., Binningen
Gilgen Alfred, Zürich
Hartl Rolf, Eglisau, Erdölvereinigung
Hofer Urs, Muri b. Bern
Netzer Marco, Muzzano
Rietiker Stephan, Dr. med., Zug
Sauerländer Chr., Aarau
Syz David, Zumikon
Wirth William, Zürich

Wir danken sehr herzlich für dieses Zeichen kameradschaflicher Verbundenheit.

Louis Geiger

strumentariums will die EU in Zukunft noch stärker zur internationalen Friedensförderung beitragen, indem sie Aufgaben von der Konfliktprävention über das Krisenmanagement bis zur Krisenbewältigung in politischer Eigenverantwortung übernimmt.

Nicht nur auf der konzeptionellen, sondern auch auf der operationellen Ebene durchläuft die EU einen Entwicklungsprozess. Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Entwicklungen auch vor dem Hintergrund schrumpfender nationaler Verteidigungsbudgets sowie der Tatsache zu betrachten sind, dass die wachsende Bedeutung von Information und Kommunikation auch im Bereich der Streitkräfte ein vermehrtes Pooling der Ressourcen, konvergierende Streitkräfte- und Rüstungsplanungen sowie ein vermehrtes Nachdenken über Formen einer vertieften Zusammenarbeit erfordert. Allerdings ist auf absehbare Zeit nicht mit einer integrierten Euroarmee zu rechnen.

Die im Jahre 1999 sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich definierten Zielkataloge wurden im vergangenen Jahr fortentwickelt. Das Helsinki Headline Goal, wonach eine Eingreiftruppe mit einer Stärke von 60000 Soldaten binnen 60 Tagen zu verlegen und mindestens ein Jahr im Einsatz zu halten sei, wurde um ein Headline Goal 2010 erweitert. Schnell dislozierbare Battle Groups – insgesamt 13 – mit bis zu 1500 Soldaten sollen im Jahre 2007 einsatzbereit sein. Diese Kampfgruppen sollen grundsätzlich weltweit, vor allem jedoch in einem Radius von 6000 Kilometern innerhalb von 15 Tagen für bis zu 30 Tage einsetzbar sein. Die Nachfrage nach dem Einsatz solcher neuer, multinationaler Gefechtsverbände wird in den kommenden Jahren zunehmen. Auch deshalb ist die Beteiligung von Nicht-EU-Staaten wie etwa von Norwegen und der Türkei von wegweisender Bedeutung.

Dem umfassenden Sicherheitsverständnis der EU trägt der Entscheid Rechnung, eine europäische Gendarmerietruppe aufzustellen. Bestehend aus insgesamt 3000 paramilitärischen Kräften, von denen bis zu 800 zeitgleich an einem Ort eingesetzt werden sollen, konzentriert sich ihre Aufgabe auf die Wiederherstellung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung in Krisengebieten, auf den Kampf gegen die organisierte Kriminalität, die Überwachung, Beratung und das Training lokaler Polizeikräfte sowie auf die Unterstützung von Peace Support Operations.

Darüber hinaus hat die EU den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsagentur beschlossen mit dem Ziel, (a) die Verteidigungskapazitäten der Union im Bereich Krisenmanagement fortzuentwickeln; (b) die Rüstungszusammenarbeit der EU-25 zu intensivieren; (c) die industrielle Kooperation im Verteidigungssektor zu stärken und (d) die Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung zu fördern.

Konsequenzen für die Schweiz

Was bedeuten nun aber diese Veränderungen im unmittelbaren und weiteren Umfeld für die Schweiz und für die Ausrichtung ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik?

Die europäische Sicherheitspolitik spiegelt die wachsende Bedeutung der multilateralen Ebene für die Gewährleistung von Frieden, Sicherheit und Stabilität wider und gibt den internationalen Rahmen vor, in dem sich die schweizerische Sicherheitspolitik in den kommenden Jahren bewegen wird.

Die internationale sicherheitspolitische Lage hat sich nicht derart revolutionär verändert, dass sie dem heute geltenden Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz (Sipol B 2000) widerspräche. Die Schweiz verfolgt ihre sicherheitspolitische Ausrichtung und ihr Handeln seit dem Erscheinen des Sipol B 2000 auf der Grundlage der Kooperation nach innen und nach aussen. Es gilt, diese Strategie auch in Zukunft weiterzuverfolgen.

Allerdings wird die Schweiz auf die Ereignisse und dynamischen Entwicklungen im internationalen Umfeld der vergangenen fünf Jahre ebenso aktiv und proaktiv reagieren müssen, wie dies die Länder in ihrem Umfeld tun. Gerade die inhaltliche und geografische Ausweitung des Risikospektrums verlangt in der Schweiz ein neues, zukunftgerichtetes Verständnis von Verteidigung. Der Begriff der Verteidigung wird in der Schweiz noch zu oft im engeren Sinne der Territorialverteidigung verstanden.[5]

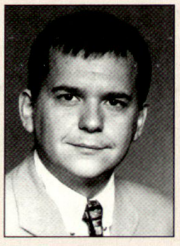
Im Weiteren wird die Schweiz nicht darum herum kommen, vor dem Hintergrund der Erweiterung des geografischen Umfeldes der EU den eigenen geografischen Fokus für ihre Sicherheitsstrategie zu definieren. Die Schweiz wird künftig auch vermehrt vor die Frage gestellt sein, welche Beiträge sie als UNO-Mitglied und als europäischer Staat zu internationalen Stabilisierungsmissionen in Regionen, in den sie bislang nicht aktiv involviert war, beitragen kann und will.

Aufgrund der Dynamik und der Komplexität der neuen Risiken wird eine Bündelung der vorhandenen zivilen und militärischen Mittel im Rahmen einer umfassenden Präventions- und Stabilisierungsstrategie notwendig sein. Es muss sichergestellt werden, dass die Kooperationsstrategie umgesetzt wird. Denn die nationale und internationale Kooperation für die Bewältigung von Risiken und Bedrohungen wird künftig weiter an Gewicht gewinnen. Ebenso wird von grosser Bedeutung sein, dass die zivilen und militärischen Mittel der Sicherheitspolitik koordiniert zum Einsatz kommen. Die Herstellung minimaler Sicherheit und Ordnung in Konflikt- und Krisengebieten ist eine zentrale Bedingung für die Umsetzung der zivilen Friedensförderung.[6]

Die Fortschritte auf der operativen Ebene auf der Seite der EU und hinsichtlich der Synergien zwischen der EU sowie der NATO eröffnen auch Nicht-Mitgliedstaaten breite Partizipationsmöglichkeiten. Diese Fortschritte werden zugleich den Druck zur entschlossenen Fortsetzung der eingeleiteten militärischen Transformation aufrechterhalten. Realistischerweise bleibt indes festzuhalten, dass der Einfluss von Nichtmitgliedern auf die aktive Gestaltung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beschränkt bleiben wird. ■



Victor Mauer, Dr., stellvertretender Leiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, 8092 Zürich.



Stefano Bruno, Dr., Politologe, Senior Researcher der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, 8092 Zürich.

[5] Dazu und zum Folgenden: Wenger, A.: Herausforderung Sicherheit: Eine Beurteilung der sicherheitspolitischen Grundlagen der Schweiz mit Blick auf die Zukunft, in: Bulletin 2005 zur schweizerischen Sicherheitspolitik, S. 18 f.

[6] Ebd., S. 19.